

1. Voranschlag 2010 und Finanzplan 2011 - 2013 (08/BS 17/158)

Eintreten

Präsidentin: Der Grosse Rat hat gemäss § 39 der Kantonsverfassung über den Voranschlag zu beschliessen. Den Bericht der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission sowie die Berichte der GFK-Subkommissionen haben Sie vorgängig erhalten. Für die Tribünenbesucher liegen Kopien auf.

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Zusammensetzung der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission: Kurt Baumann, Sirnach (Präsident); Margrit Aerne, Lanterswil; Josef Bieri, Kreuzlingen; Thomas Böhni, Frauenfeld; Cäcilia Bosshard, Wilen (Gottshaus); Heidi Grau, Zihlschlacht; Carmen Haag, Stettfurt; Dr. Hermine Hascher, Eschikofen; Verena Herzog, Frauenfeld; Walter Hugentobler, Matzingen; Erwin Imhof, Bottighofen; Myrta Klarer, Sirnach; Cornelia Komposch, Herdern; Peter Kummer, Oberaach; Peter Markstaller, Kreuzlingen; Walter Marty, Ellighausen; Richard Nägeli, Frauenfeld; Moritz Tanner, Winden; Sonja Wiesmann, Sirnach; Katharina Winiger, Frauenfeld; Daniel Wittwer, Sitterdorf.

Die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission

- stellt fest, dass Eintreten gemäss § 39 der Kantonsverfassung obligatorisch ist;
- beantragt dem Grossen Rat, den Staatssteuerfuss auf 117 Steuerprozent festzulegen (Ziffer 1 des Beschlussesentwurfes);
- beantragt dem Grossen Rat, das Gesamtinvestitionsvolumen von Fr. 8'130'000.-- um den Betrag von Fr. 900'000.-- auf Fr. 7'230'000.-- zu reduzieren (Ziffer 2.1 des Beschlussesentwurfes);
- beantragt dem Grossen Rat, den Objektkredit "Amt für Volksschule, Spannerstrasse, Frauenfeld, Gesamtsanierung" im Umfang von 2,560 Millionen Franken mit einer Kreditsperre zu versehen (Ziffer 2.1 des Beschlussesentwurfes). Der GFK sei die Kompetenz zu erteilen, erst nach weiteren Abklärungen den Kredit ganz oder teilweise freizugeben.
- stimmt den übrigen Beschlussesanträgen des Regierungsrates zu;
- nimmt den Finanzplan 2011 - 2013 zur Kenntnis.

Am 30. September 2009 präsentierte der Regierungsrat dem Parlament und der Öffentlichkeit fristgerecht den Voranschlag 2010 und den Finanzplan 2011 - 2013. Bis zum Eintreten am 18. November 2009 verbleiben damit den Mitgliedern des Grossen Rates, den Fraktionen und der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) knapp zwei Monate, um sich mit dem Voranschlag auseinander zu setzen und die damit verbundenen Anträge des Regierungsrates zu prüfen.

Nach der Sitzung zum Eintreten, an welcher die Fraktionspräsidien oder deren Stellver-

tretungen ebenfalls anwesend waren, hat sich die GFK an fünf weiteren Sitzungen eingehend mit dem Voranschlag 2010 und dem Finanzplan 2011 - 2013 sowie den Beschlussesanträgen auseinander gesetzt. Die fünf Subkommissionen trafen sich zudem zu je zwei Sitzungen für die Detailberatung des jeweiligen Departementes.

Die GFK stellt fest, dass die vorliegende Botschaft in Form des Voranschlages, Anhang I (Zahlenteil) und Anhang II (Finanzplan) in einer hohen Qualität und Transparenz vorliegt. Die klar strukturierte Darstellung und die umfassenden Informationen erleichterten die Beratungen. Zusätzlich zur Budgetbotschaft gibt es eine Dokumentation zum Tiefbauprojekt "Arbon, Neue Linienführung Kantonsstrasse (Entlastung Altstadt und Erschliessung Saurer WerkZwei)".

Die GFK dankt den Mitgliedern des Regierungsrates sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die sehr gute Arbeit. Die GFK hat auf alle Fragen kompetente Antworten erhalten. Zusätzlich verlangte Unterlagen und Informationen wurden umgehend zur Verfügung gestellt oder nachgeliefert.

Die Gesamtkommission legte für die Beratungen in den Subkommissionen drei Schwerpunkte für alle Departemente fest:

- Die geplanten Stellenerhöhungen sind zu hinterfragen.
- Welche Ergebnisse haben sich aus einer allfälligen Leistungsüberprüfung ergeben?
- Die geplanten Investitionen sind auf ihre Zweckmässigkeit zu überprüfen.

Die Beratungen in der Gesamtkommission verliefen effizient und engagiert. Nebst Detailfragen zu Ausgabenpositionen betrafen viele Diskussionspunkte strategische Fragen und Zusammenhänge. Dies entspricht auch einem Grundauftrag der GFK. Der Fokus auf den finanziellen Gesamtzusammenhang war bei dieser Budgetberatung ganz besonders zu spüren. Der finanzielle Spielraum des Kantons, die unsichere Wirtschaftslage, die Ablehnung des Steuergesetzes durch das Stimmvolk und die damit noch offene Strategie in der Steuerpolitik verliehen den Beratungen eine besondere Spannung.

Eintreten ist gemäss Verfassung obligatorisch.

Präsidentin: Allfällige generelle Kürzungs- und Erhöhungsanträge zum Voranschlag 2010 sind heute unmittelbar nach dem Eintreten zu stellen und zu behandeln. Bei Gutheissung führen sie zwangsläufig zu einer Rückweisung des Budgets, sei es an den Regierungsrat oder an die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission, weil sich solche Anträge auf keine konkrete Budgetposition oder kein konkretes Globalbudget beziehen.

Das Wort hat zuerst der Präsident der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission für seine einleitenden Bemerkungen zum Eintreten.

Kommissionspräsident **Baumann**, SVP: Die GFK hat den vom Regierungsrat präsentierten Voranschlag 2010 und den Finanzplan 2011 - 2013 an zehn Subkommissions- und sechs Gesamtkommissionssitzungen beraten. Die vorliegenden Berichte geben ausführ-

lich Auskunft darüber. Die GFK hat den Voranschlag grundsätzlich positiv aufgenommen. Es ist erfreulich, dass trotz der vorgesehenen Steuerentlastung ein ausgeglichenes Budget vorliegt. Die GFK stellt fest, dass es dem Regierungsrat gelungen ist, die Ausgabenentwicklung im Voranschlag innerhalb des Stabilisierungszieles zu halten. Dennoch hat der Regierungsrat nicht alle seine Budgetziele erreicht. Das Personalkostenwachstum liegt mit 1,4 % ohne die Teuerungszulage der Pensionskassenrenten deutlich über der Vorgabe von 1 %. Einen Schwerpunkt in den Beratungen legte die GFK deshalb auf die insgesamt 31 zusätzlichen Stellen. Erfreulich sind die wiederum hohen Nettoinvestitionen von 92,7 Millionen Franken, die damit leicht über der Vorgabe liegen. Die GFK begrüsst dies als Beitrag zur Stützung der Wirtschaft. Die GFK stellt einmal mehr fest, dass es dem Kanton gut geht. Es geht ihm sogar sehr gut. Ende 2009 dürfte das Eigenkapital rund 300 Millionen Franken betragen. Wir haben in der Kommission zwar zur Kenntnis genommen, dass der Finanzplan nicht ganz so rosig aussieht. Trotzdem sind wir der klaren Meinung, dass der finanzielle Spielraum nun zu nutzen ist. Die GFK bekennt sich ebenso klar zu einer Doppelstrategie. Das heisst, auf das nächste Jahr den Steuerfuss zu senken und auf das Jahr 2011 und die folgenden eine Tarifierhöhung vorzunehmen. Der Antrag auf Reduktion des Steuerfusses um 10 % ist in der Kommission recht deutlich gefasst worden. Damit würde der Steuerzahler im kommenden Jahr etwa um den gleichen Betrag entlastet, wie dies bei der vom Stimmvolk abgelehnten Steuergesetzesrevision der Fall gewesen wäre. An diesen Beschluss der GFK ist aber die Erwartung geknüpft, dass der Regierungsrat dem Parlament vor der Schlussabstimmung über den Steuerfuss klare Signale gibt, wie er den Tarif gestalten will. Ich gehe davon aus, dass wir dazu an der heutigen Sitzung vom Finanzdirektor etwas hören. Der Antrag der GFK zum Voranschlag 2010 weist im Vergleich zum Antrag des Regierungsrates einige Abweichungen auf. Die GFK beantragt zudem eine Kreditsperre für den Kredit "Amt für Volksschule, Spannerstrasse Frauenfeld, Gesamtsanierung". Ich werde in der Detailberatung darauf zurückkommen. Im Namen der gesamten GFK danke ich den Mitgliedern des Regierungsrates und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die gute, konstruktive Zusammenarbeit während der Budgetberatungen. Gestützt auf das Reglement der GFK orientiert diese über ihre Tätigkeit im Rahmen der Berichterstattung zu ordentlichen Geschäften. Im vergangenen Halbjahr haben uns zwei Themen zusätzlich beschäftigt: Der Wechsel an der Führungsspitze der Thurgauer Kantonalbank und der Fall Volker Eckel. Im Fall Volker Eckel hat die GFK eine ad hoc-Subkommission eingesetzt, deren Schlussbericht sie am 5. November 2009 beraten und genehmigt hat. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die GFK beschlossen hat, den Schlussbericht der Subkommission nicht zu veröffentlichen. Ich verzichte auf weitere Ausführungen und stehe für allfällige Fragen zur Verfügung.

Richard Nägeli, FDP: Die Bearbeitung des Voranschlages und des Finanzplanes wurde in einem sonderlichen Umfeld abgewickelt. Einerseits haben wir einen hervorragenden

Rechnungsabschluss 2008 mit einem Finanzierungsüberschuss von über 86 Millionen Franken hinter uns. Zudem soll die Gesamtrechnung auch im Jahr 2009 rund 70 Millionen Franken Überschuss ausweisen, das heisst 55 Millionen besser als budgetiert. Damit können nochmals enorme Reserven in Form von Rückstellungen, Einlagen in die Spezialfinanzierungen und im Anstieg des Eigenkapitals auf 300 Millionen Franken aufgebaut werden. Andererseits zeigen aber bereits diese guten Zahlen die Problematik des Lebens mit der Geldschwemme auf. Es ist nämlich nicht ganz einfach zu erklären, wieso wir im noch guten Umfeld und mit einem sensiblen Kostenbewusstsein nicht mindestens die Resultate von 2008 nochmals erreichen können. Vielleicht wird uns die definitive Rechnung 2009 entgegen der Prognose in der Jahresmitte doch noch positiv überraschen. Die feudale finanzielle Lage birgt die grosse Gefahr eines zu lockeren Umganges mit den finanziellen Mitteln. Zur Eindämmung dieser Gefahr verlangt unsere Fraktion, dass der Staat nicht länger höhere Steuern als unbedingt notwendig erhebt. Wir fordern deshalb eine Steuerentlastung im Gesamtumfang von 15 % und erwarten vom Regierungsrat bis zur Steuerfussdebatte an der nächsten Sitzung eine neue, mehrheitsfähige Revisionsvorlage und ein klares Bekenntnis ohne Wenn und Aber zur raschen Umsetzung. Ein Bekenntnis zur gestern vom Regierungsrat verabschiedeten Vorlage erwarten wir natürlich auch von den anderen Fraktionen. Damit kämen wir zu einer guten Lösung nach der Abstimmungsniederlage. Wir danken den Gewinnern der Abstimmung vom 27. September für die konstruktiven Impulse und die einvernehmliche Vorgabe von Eckdaten für die erwähnte Vorlage. Wir danken dem Regierungsrat und der Verwaltung für die transparente Präsentation des Voranschlages und für die offene und sachliche Auseinandersetzung während der Beratungen. Wir sind auch dankbar für die Annahme von Anregungen aus früheren Debatten, wie zum Beispiel die antizyklische Erhöhung des Investitionsvolumens. Auch wenn die im Voranschlag vorgesehene Ausgabenentwicklung mit einem Wachstum des liquiditätswirksamen Aufwandes von 0,6 % gegenüber dem Vorjahresbudget erfreulich daherkommt, ist der Voranschlag geprägt von der erwähnten Geldschwemme. Von Kostendruck ist kaum irgendwo etwas spürbar. In vielen Bereichen ist das Budget gegenüber dem Vorjahresbudget recht grosszügig aufgestockt worden, und dies, nachdem schon der Voranschlag 2009 recht aufgeplustert war. Diese Feststellung spiegelt sich zum Beispiel in der Erhöhung des Sachaufwandes um 4,2 % gegenüber dem Vorjahr und in der Erhöhung der massgebenden Gesamtausgaben gegenüber der Rechnung 2008 um 5 %. Die auf den ersten Blick bescheiden erscheinende Aufwandsteigerung erklärt sich auch damit, dass einzelne Posten gegenüber dem Vorjahresbudget stark zurückgegangen sind, zum Beispiel die Löhne der Lehrkräfte aufgrund der sinkenden Schülerzahlen um 3,8 Millionen, Wegfall der Rückzahlung an den Kanton St. Gallen wegen falscher Verteilung des Nationalbankgoldes um 4 Millionen und andere ähnliche Posten. Das nennt man kreative Budgetierung. Wir unterstützen den Regierungsrat, wenn generell mehr Kostendruck aufgebaut wird. Nach dieser Gesamtbetrachtung nimmt unsere Fraktion zu folgenden Punkten Stellung: 1. Unsere Fraktion ist bezüg-

lich der Stellenentwicklung überrascht, dass von den Budgetrichtlinien abgewichen wird und 31 neue Stellen bewilligt werden. Dazu kommen noch Praktikumsstellen, die, wie auch die Lernenden, nicht im Stellenplan enthalten sind. Auch wenn in einzelnen Bereichen Bedarf ausgewiesen ist, bereitet uns diese Entwicklung grosse Sorgen. Wir stellen fest, dass zwingend neue Stellen zwar begründet werden, aber zu wenig Druck auf Ausgleich in anderen Bereichen ausgeübt wird. Die kürzliche Debatte über Verkehrskontrollen hat klar aufgezeigt, dass eine vernünftige Reduktion der Kontrollen vom Maximum in der Schweiz in Richtung durchschnittlicher Aufwand mindestens eine Funktionsveränderung ermöglicht hätte. Es gibt weitere bekannte Beispiele. Es ist jedoch nicht unsere Sache, solche aufzudecken. Wir fordern den Regierungsrat mit aller Deutlichkeit auf, diese Entwicklung in den nächsten drei Jahren über natürliche Veränderungen wieder rückgängig zu machen. Wenn bis in einem Jahr keine Veränderungen spürbar sind, wird die FDP härter vorgehen.

2. Die Kostenentwicklung im Verwaltungsbereich des Amtes für Volksschule ist besorgniserregend. Der Aufwand im Budget 2010 reduziert sich zwar gegenüber dem Budget 2009 um rund Fr. 220'000.--, die längerfristige Entwicklung des Aufwandes sieht jedoch ganz anders aus: Betrug der Verwaltungsaufwand im Jahr 2007 noch 13,3 Millionen Franken, so steigt er bis zum Ende der Finanzplanperiode auf 15,5 Millionen Franken. Diese Kostensteigerung erfolgt trotz sinkender Schülerzahlen. Die Lehrerinnen und Lehrer leiden in erster Linie unter der stetigen Zunahme des Administrationsaufwandes. Die Administration hat ihren Ursprung in der kantonalen Verwaltung, aber auch in der Verwaltung der einzelnen Schulgemeinden. Deshalb muss die Verwaltung eingeschränkt werden. Auch hier sehen wir eine Möglichkeit für einen Stellenausgleich. Wir werden die Entwicklung in diesem Bereich mit Argusaugen verfolgen. Sollte sich keine Verbesserung ergeben, muss mit Anträgen zu Sparmassnahmen gerechnet werden.

3. Die FDP ist positiv angetan von der Erhöhung der Investitionen. Wir haben früher angeregt, die Nettoinvestitionen auf rund 100 Millionen Franken ansteigen zu lassen. Dies ist gemäss Finanzplan im Jahr 2011 nahezu der Fall. Die kritischen Jahre für die Bauwirtschaft werden 2010 - 2013 sein. Die erhöhten Investitionen kommen deshalb gerade zum richtigen Zeitpunkt. Noch positiver zu werten ist in diesem Zusammenhang der kontinuierliche Anstieg der Investitionsausgaben von 115 Millionen im Jahr 2008 auf fast 140 Millionen Franken im Jahr 2013. Zum Finanzplan: Die Ausgabenentwicklung im Finanzplan sieht betrüblich aus. Auf 2011 wird eine Aufwandsteigerung von 4,2 % geplant. Im Durchschnitt über die ganze Finanzplanperiode ergibt sich eine Ausgabensteigerung von 2,2 %. Aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten Jahren muss die Ausgabenentwicklung der Wirtschaftsentwicklung angepasst werden. Die in einzelnen Bereichen unumgänglichen Kostensteigerungen müssen möglichst in anderen Bereichen kompensiert werden. Obwohl die Investitionsprojekte im Amt für Informatik nicht im Finanzplan aufgeführt sind, ist auch hier eine kritische Betrachtung angebracht. Die Ausgaben sind seit 2008 durchschnittlich um rund 30 % auf 5,5 Millionen Franken gestiegen. Bei den vielen Projekten stellt sich die Frage, ob alles

Wünschbare umgesetzt oder eine Beschränkung auf die wichtigsten Prioritäten vorgenommen werden soll. Wir ermuntern den Regierungsrat, die Pauschalkorrektur allenfalls zu erhöhen. Aufgrund der zunehmenden Dimension des Projektvolumens wäre hier eine Auflistung des Finanzbedarfs über die ganze Finanzplanperiode analog der Entwicklungsprojekte im DEK oder der Projekte im DBU angebracht. Völlig überrascht sind wir von den Absichten des Regierungsrates bezüglich Gewinnabschöpfung bei der Kantonalbank. Betrugten die Gewinnanteile des Staates im Jahr 2008 noch 16,5 Millionen Franken, wurden im Jahr 2009 20 Millionen und im Jahr 2010 21 Millionen budgetiert. Im Finanzplan ist auf das Jahr 2011 eine weitere Erhöhung auf 24 Millionen und im Jahr 2012 sogar auf 25 Millionen Franken vorgesehen. Das darf nicht sein und muss korrigiert werden. Dieses Geld gehört der Kantonalbank und deren Kunden. Wie in der Zeitung zu lesen war, soll neu die Staatsgarantie separat mit 3,5 Millionen Franken abgegolten werden. Das wäre eine transparentere Lösung, müsste aber zu einer entsprechenden Reduktion der Gewinnanteile führen. Schade ist, dass bei den Zielsetzungen zum Finanzplan die Stellenplafonierung herausgekippt wurde. Ebenfalls fehlt in den Zielsetzungen das Stabilisierungsziel, das vom Grossen Rat beschlossen wurde. Die Bereiche, die uns zu kritischen Bemerkungen veranlasst haben, werden uns mit Sicherheit in den nächsten Jahren beschäftigen. Ausgabendisziplin im Umgang mit allgemeinen Mitteln ist mindestens so wichtig wie im privaten Bereich. Trotz dieser kritischen Bemerkungen freut sich unsere Fraktion über die feudale Finanzlage. Unsere Fraktion wird den Anträgen der GFK zustimmen.

Kummer, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion danke ich dem Regierungsrat und der Verwaltung für die Erarbeitung der umfassenden Unterlagen zum Voranschlag 2010 und zum Finanzplan 2011 - 2013. Die finanzielle Ausgangslage des Kantons Thurgau für den Voranschlag 2010 und die Finanzplanung der kommenden Jahre ist hervorragend, sind doch beträchtliche Reserven vorhanden. Ein fast doppelt so hohes Eigenkapital wie nötig, Goldreserven und etliche Töpfe bei der Spezialfinanzierung, zudem sicher noch so genannte stille Reserven und voraussichtlich ein sehr guter Jahresabschluss 2009 lassen uns optimistisch in die Zukunft blicken. Zu viel Vermögen birgt jedoch die Gefahr, dass mit den finanziellen Mitteln zu wenig sorgfältig umgegangen wird. Deshalb sollten die Reserven nicht weiter angehäuft werden. Sie sind vor allem zur Entlastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler einzusetzen. Die im Voranschlag berücksichtigte Steuergesetzesrevision ist vom Volk abgelehnt worden. Das bedeutet, dass sich einige Werte im vorliegenden Budget verändern. Der Vorschlag des Regierungsrates, eine Steuerfusssenkung für 2010 und möglichst schnell auch strukturelle Anpassungen im Steuergesetz vorzunehmen, wird von unserer Fraktion unterstützt. Die Entwicklung der Wirtschaftslage ist ungewiss. Das erschwert natürlich die Budgetierung ganz allgemein. Eine ausgeglichene Jahresrechnung und durchschnittlich hohe Investitionen helfen, unsere Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Sie sind sinnvoll und können gut akzeptiert

werden. Nachdenklich dagegen stimmt die Zunahme bei den Personalkosten. Eine Kostenzunahme von 2,3 % über alles gesehen ist sehr viel, wenn man bedenkt, dass für das kommende Jahr voraussichtlich nicht mit einer Teuerungszulage zu rechnen ist. Die vorgesehenen 31 neuen Stellen sind gut begründet und einerseits auf grosse Arbeitslasten zurückzuführen. Andererseits müssen auch immer wieder neue Aufgaben erfüllt werden. Dennoch stelle ich hier die Frage, ob es nicht auch Arbeiten gibt, die nicht mehr unbedingt nötig wären. Da fordere ich den Regierungsrat und die Amtsleiterinnen und Amtsleiter auf, die Leistungsaufträge zu überprüfen und wo möglich auch zu handeln. Der Sachaufwand steigt wiederum stark an. Währenddem er in den Jahren 2003 - 2007 praktisch konstant blieb, waren im Budget 2009 4,6 % und sind im Voranschlag 2010 4,2 % mehr budgetiert. Dazu ist zu sagen, dass ungefähr 2 Millionen Franken für Umbauten und Renovationen vorgesehen sind. Dennoch: Der Sachaufwand muss wieder stabilisiert werden. Als sehr positiv darf die Entwicklung bei den Passivzinsen erwähnt werden, die in den letzten Jahren stetig abnahmen. Das entlastet die Laufende Rechnung und bestätigt auch, dass immer weniger Fremdkapital beansprucht wird. Die vorgesehenen Investitionen sind leicht über der Zielsetzung des Regierungsrates, und der angestrebte Deckungsgrad kann nicht erreicht werden. Mittelfristig wird der Selbstfinanzierungsgrad aber immer noch klar über 100 % liegen. Die überdurchschnittlich hohe Investitionssumme für das kommende Jahr ist sinnvoll und wird von unserer Fraktion unterstützt. Der Finanzplan erfährt eine allgemeine Kostenentwicklung von 2,4 %, was dem Stabilisierungsgedanken zuwiderläuft. Obschon die Gründe für die Kostensteigerung (neue Schulfinanzierung und Veränderungen im Gesundheitswesen) bekannt sind, ist auf die Ausgabenentwicklung ein besonderes Augenmerk zu richten. Die vorgesehenen Defizite in der Grössenordnung von 30 Millionen Franken pro Jahr sind aufgrund des hohen Eigenkapitals, das wieder abgebaut werden muss, aber richtig geplant. Die SVP-Fraktion unterstützt den vorliegenden Voranschlag 2010 und eine Steuerfusssenkung von 10 Steuerpunkten.

Somm, GP: Vor uns liegt ein ausgeglichenes, solides und seriös erarbeitetes Budget, das sogar noch einen kleinen Vorschlag von gut 4 Millionen Franken in der Laufenden Rechnung aufweist, und dies auf der Basis einer Steuerfussreduktion von 10 %. Würden wir eine Steuerfussreduktion von 12 % beschliessen, hätten wir ein Minus von gut 4 Millionen Franken in der Laufenden Rechnung, was immer noch den Budgetzielen des Regierungsrates entsprechen würde. Ich möchte mich im Namen der Grünen Fraktion ganz herzlich für das Budget bedanken und ein paar Rosen verteilen: Rosen für Regierung und Verwaltung, die unseren Kanton gut verwalten; Rosen für die Mitglieder der GFK, die eine riesengrosse Arbeit geleistet haben in den letzten Wochen. Die Finanzkennzahlen liegen im "grünen" Bereich. Als "grüner" Politiker muss ich sie nicht speziell kommentieren: Es versteht sich von selbst, dass wir damit einverstanden sind. Zudem kann ich mich im Wesentlichen den Äusserungen von Kantonsrat Richard Nägeli anschliessen.

Budgetbearbeitung heisst immer Auseinandersetzung mit der Zukunft. Dazu gehören ein Denken in Szenarien und langfristige strategische Überlegungen. Und wenn ich vorhin ausführte, dass Regierung und Verwaltung unseren Kanton gut verwalten, dann war das als Lob für die tägliche operative Tätigkeit gemeint. Vom Regierungsrat würde ich mir jedoch wünschen, dass er manchmal etwas weniger verwaltet, vielleicht auch einmal eine repräsentative Aufgabe auslöst oder weiterdelegiert, und sich so Zeit freischaufelt, um sich mit der strategischen Führung unseres Kantons auseinander zu setzen. Unsere Zeit erfordert die Auseinandersetzung mit der Zukunft, weil die Grenzen des quantitativen Wachstums immer näher rücken und wir uns dringend darüber unterhalten müssen, wie schnell und wohin sich der Thurgau entwickeln soll. Das fast gänzliche Fehlen einer längerfristigen Planung bringt es mit sich, dass immer wieder gewisse Projekte wie im luftleeren Raum zu schweben scheinen. Ein Beispiel dafür ist die Weiterführung des Standortmarketings, ab 2010 sogar mit einer zusätzlichen festen Stelle. Die Bevölkerung in unserem Kanton ist in den letzten 30 Jahren nie schneller gewachsen wie im Jahr 2008. Für den Regierungsrat scheint es ein Axiom darzustellen, dass Wachstum je schneller desto besser ist. Für viele Leute in unserem Kanton ist dies nicht so. Deshalb haben wir uns in der Grünen Fraktion die Grundsatzfrage gestellt, ob das Standortmarketing in unserer Situation wirklich eine Notwendigkeit darstellt oder nicht vielmehr eine neue "Trendsportart" auf Verwaltungsebene ist. Nach gründlicher Auseinandersetzung mit diesem Thema sind wir zum Schluss gekommen, dass wir hier zum geordneten Rückzug blasen möchten. Wir werden Ihnen deshalb in der Detailberatung einen Kürzungsantrag des Globalbudgets um Fr. 200'000.-- unterbreiten und dies begründen. Das Personalkostenwachstum beträgt gegenüber dem Budget 2009 2,3 %, was auf den ersten Blick betrachtet moderat erscheinen mag. Im Budget 2010, verglichen mit der Rechnung 2008, beträgt es jedoch 7 % oder in absoluten Zahlen 21 Millionen Franken, was auch für unsere Fraktion klar zu viel ist. Darin enthalten sind 31 zusätzliche Stellen, sechs davon in der Zentralverwaltung. Wir müssen mit einem leichten Anflug von Ohnmacht feststellen, dass Effizienzsteigerungen technischer Natur offensichtlich nicht ausreichen, um die immer zahlreicheren Bundesvorgaben, aber auch den Hang zu immer mehr Perfektionismus, zu kompensieren. Die Grüne Fraktion ist beispielsweise der Meinung, dass wir wohl eher über zu viel als zu wenig Statistiken verfügen und die Stellenaufstockung im Landwirtschaftsamt einfach störend ist, weil die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe ja nicht grösser, sondern kleiner wird und auch der Endrohertrag der Landwirtschaft frankenmässig sinkt. Konkrete Anträge werden wir dazu aber nicht stellen. Mit der Lohnpolitik des Regierungsrates an sich ist die Grüne Fraktion einverstanden. Wir möchten dem Personal das Geleistete ganz herzlich verdanken. Zum Finanzplan: Für die Finanzplanjahre 2011 - 2013 rechnet der Regierungsrat mit einem nominalen Wachstum des Bruttoinlandproduktes zwischen 3 % und 4 %. Trotzdem möchte er mit Investitionen von jährlich über 90 Millionen Franken der Baukonjunktur eine zusätzliche Spritze verpassen. Diese Prophylaxe geht uns zu weit. Während drei Jahren soll der

Selbstfinanzierungsgrad auf lediglich 30 % absacken, was im Klartext bedeutet, dass wir, wenn wir das Budgetjahr einrechnen, innert vier Jahren über 200 Millionen Franken Nettovermögen abbauen. Unsere Fraktion möchte dem Regierungsrat beliebt machen, die Investitionseuphorie etwas zurückzufahren. Man könnte auch einen Investitionspool gründen, der es ermöglichen würde, Investitionen sehr schnell auszulösen, wenn es wirklich nötig ist. Wir verlangen, dass das Investitionsvolumen während der Finanzplanjahre um 15 Millionen Franken reduziert wird. Zur Steuerpolitik: Die Grüne Fraktion trägt grundsätzlich eine Doppelstrategie mit. Allerdings sind Steuergesetzrevisionen aus unserer Sicht einzig und allein dafür da, strukturelle Schwächen im Gesetz auszumerzen. Sie dürfen nicht dazu missbraucht werden, überfällige Steuerfussenkungen zu verhindern. In der jetzigen Situation wünsche ich mir vom Regierungsrat etwas mehr Besonnenheit. Warum die Hast? Warum nicht in aller Ruhe und Gelassenheit das in Aussicht gestellte Stärke-/ Schwächeprofil erstellen, um dann die Erkenntnisse daraus in die nächste Steuergesetzrevision einfließen zu lassen? Ich bin nicht bereit, innerhalb von zwei Wochen aufgrund von ein paar vage zusammengetragenen Fakten irgendeiner Steuergesetzrevision zuzustimmen. Das stimmt für mich einfach nicht. Wir sind es dem Volk schuldig, sofort zu handeln und den Steuerfuss um 12 % zu senken, wie es eigentlich auch von den einzelnen Exponenten während der Abstimmungskampagne versprochen wurde. Die Grüne Fraktion wird daher in zwei Wochen einen diesbezüglichen Antrag stellen. Wir sind der Meinung, dass gerade vor dem Hintergrund der Trendrechnung für das Jahr 2009 eine Steuerfussenkung von 12 % absolut verkraftbar ist.

Haag, CVP/GLP: Die CVP/GLP-Fraktion ist sehr erfreut, dass es gelungen ist, auch für das nächste Jahr und trotz angespannter Wirtschaftslage ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Sie dankt Regierung und Verwaltung für die vergangene Leistung, die eine solche Ausgangslage erst ermöglicht hat. Allerdings ist auch bekannt, dass die Steuereinnahmen mit Verspätung auf die wirtschaftlichen Veränderungen reagieren, und so ist es angezeigt, vorsichtig und umsichtig zu planen. Auch wenn unser Kanton eine andere Ausgangslage hat als zum Beispiel der Bund, unterliegen unsere Steuereinnahmen aufgrund unserer Struktur im Bereich der natürlichen und juristischen Personen weniger festen wirtschaftlichen Schwankungen, was in dieser Wirtschaftslage ein Vorteil ist. Ein Wermutstropfen liegt wie immer im Stellenwachstum. Auch wenn jede einzelne Stelle gut begründet werden kann, wird man doch den Eindruck nicht los, dass zwar laufend neue Stellen beantragt, aber nie bisherige Stellen hinterfragt werden. Natürlich ist uns klar, dass es um ein Vielfaches schwieriger ist, existierende Stellen abzubauen. Aber es wäre angezeigt, einmal sämtliche Stellen in der Verwaltung auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Dann würde es leichter fallen, neue Stellen am richtigen Ort zu bewilligen. Auch wurden die zusätzlichen Stellen oft damit begründet, dass lediglich befristete Stellen in definitive umgewandelt würden. Aber auch hier handelt es sich um eine neue Stelle, und die Vermutung liegt nahe, dass der Umweg über eine befristete Stelle das Ableh-

nen der definitiven Stelle erschweren soll. Unsere Aufgabe ist es, die Verantwortung für die Handlungsfähigkeit des Kantons wahrzunehmen und unsere eigenen Interessen zurückzustellen. Bei dieser Aufgabe haben wir mit den finanziellen und personellen Ressourcen der kantonalen Verwaltung sorgfältig umzugehen. Leider wurden mit der abgelehnten Steuergesetzrevision diverse Chancen verpasst. Der anschliessende Runde Tisch, an dem die Fronten mit dem Ziel wieder geschlossen wurden, den Kanton gemeinsam vorwärts zu bringen, hat die CVP/GLP-Fraktion begrüsst. Mit Aussicht auf die geplante strukturelle Steuergesetzrevision ist die einstimmige CVP/GLP-Fraktion für einen Staatssteuerfuss von 117 %. Sie steht vollumfänglich hinter dem vorliegenden Voranschlag. Der Budgetierungsprozess war auch dieses Jahr sehr professionell und transparent gestaltet, und insbesondere die Zusammenarbeit zwischen der GFK und dem Regierungsrat ist hierbei hervorzuheben, die von gegenseitigem Respekt, Verständnis und viel Offenheit geprägt war.

Wittwer, EVP/EDU: Die EVP/EDU-Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten für das vorliegende Budget und den Finanzplan. Im Wissen darum, dass nicht immer alles Wünschbare möglich ist und die Realität nicht immer dem Grundsatz: "So wenig wie möglich, so viel wie nötig" entspricht, kann unsere Fraktion dem Budget und dem Finanzplan zustimmen. Im Budget wie im Finanzplan stehen nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Einnahmen zur Diskussion. Unsere Fraktion findet in dieser Frage keine Einheit. Währenddem die Einen die Steuerfusssenkung von 10 % für richtig befinden, möchten andere Fraktionsmitglieder finanziell nach Höherem streben. Grundsätzlich steht aber auch unsere Fraktion hinter einer Doppelstrategie. Sie erwartet nun gerne die Botschaft zur Steuergesetzrevision. Wichtig erscheint mir auch der Hinweis, dass unser Verhalten im Grossen Rat und bei Volksabstimmungen einen direkten Einfluss auf das Budget oder auf den Finanzplan hat. Es gibt drei Gruppen von Politikern: Inkonsequent sind jene, die eine schlanke Verwaltung wünschen und, wie jetzt bei der bevorstehenden Abstimmung über die Bezirksreorganisation, alle Kräfte darauf konzentrieren, um diese zu verhindern. Sparen scheint dann attraktiv zu sein, wenn man Forderungen stellen kann, ohne sich selber dafür einsetzen zu müssen. Auch die konsequenten Geldausgeber hinterlassen ihre Spuren im Budget und im Finanzplan. Zum Sparen ist immer der falsche Zeitpunkt: In guten Zeiten soll man nicht sparen, weil man sich etwas leisten kann, und in schlechten Zeiten soll man nicht sparen, weil man sich antizyklisch verhalten soll. Die dritte Gruppe - und dabei geht es nur um wenige, weshalb ich sie am Schluss erwähne - versucht, bei möglichst vielen Positionen im Budget und im Finanzplan zu sparen. Alle diese im Staatshaushalt zusammengetragenen Budgeteinflüsse ergeben das Resultat, das vor uns liegt. Die Feststellung, dass Steuergelder einfacher ausgegeben werden als das eigene Geld, ist leider auch hier eine Realität. Die Zusammensetzung des Grossen Rates ist ein Abbild des Volkswillens, und in diesem Sinn dürfen das vorliegende Budget und der Finanzplan weitgehend akzeptiert und gutgeheissen

werden.

Hugentobler, SP: Alle Jahre wieder kommt die Budgetdiskussion. Alle Jahre wieder können wir Regierung und Verwaltung für ein transparentes, solides Budget danken, was ich hiermit im Namen der SP-Fraktion auch mache. Trotzdem ist es in diesem Jahr etwas anders. Das schwierige wirtschaftliche Umfeld hinterlässt auch im Thurgau seine Spuren. Dank der fast immer intelligenten Finanzpolitik der letzten Jahre steht der Kanton aber sehr gut da; er hat komfortable Reserven. Mit Blick zurück kann man sagen, dass es ganz intelligent gewesen wäre, wenn wir im letzten Jahr den Staatssteuerfuss kräftig gesenkt hätten. Das hätte das Portemonnaie des Bürgers schnell und zielgerichtet entlastet. Oder, wie Kantonsrat Richard Nägeli heute gesagt hat: Nicht länger mehr Steuern einziehen als nötig. Mit den gleichen Worten und an gleicher Stelle habe ich im letzten Jahr eine Steuersenkung gefordert, leider erfolglos. Auch wir Parlamentarier können gescheiter werden und in diesem Jahr nachholen, was wir letztes Jahr verpasst haben. Die Mehrheit des Rates hat es vorgezogen, den Umweg über die Flat Rate Tax zu machen. Wie so häufig im Leben, war der Umweg zwar beschwerlich, führte aber schlussendlich auch zum Ziel. Das Gute daran ist, dass wir die Diskussion geführt haben und uns das Volk in aller Deutlichkeit gezeigt hat, was es von solchen postneoliberalen Ideen hält. Mit seinem Entscheid hat es die traumtänzerischen Steuerranglistenjongleure auf den währschaften und realen Thurgauer Boden zurückgeholt. Da stehen wir nun und sind, frei nach Goethe, "klüger als wie zuvor". Jetzt können wir aus Überzeugung den Staatssteuerfuss um 10 % senken und mit der bewährten Doppelstrategie gleich noch eine Gesetzesrevision nachschieben, die bestimmte Kategorien von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gezielt entlastet. Wir sagen in aller Deutlichkeit, dass wir darauf vertrauen, dass der Regierungsrat die versprochene Gesetzesrevision bis zur Detailberatung des Voranschlages vorlegen wird. Trotz manchmal unterschiedlicher Meinungen wollen wir die bewährte Zusammenarbeit, die eben auf Vertrauen beruht, weiterhin pflegen. Darum stellen wir im Gegensatz zu anderen Parteien jetzt schon unsere Zustimmung für eine 10%ige Steuersenkung in Aussicht. Es ist eine in allen Bereichen optimale Lösung, die den Thurgau gleich zweimal in positive Finanzschlagzeilen bringen wird. Auch das ist Standortförderung. Auch in diesem Jahr werden wir wieder die ganz spitzen Voten zu den Löhnen der Staatsangestellten hören, und auch in diesem Jahr werden uns Einzelne wieder predigen, dass einfach generell gespart werden müsse. Ich bitte diese Redner, ganz genau zu prüfen, wie viele ihrer Parteifreunde sich denn jetzt bei der Bezirksreorganisation wie laut dagegen äussern. Nach dem Motto: "Taten statt Worte", gäbe es da nämlich die Möglichkeit, mit den notwendigen Strukturkorrekturen auch gleich noch wertvolle Steuergelder zu sparen. Ich befürchte aber, dass hier finanzpolitische Weitsicht und Glaubwürdigkeit dem kurzfristigen populistischen Tagesgewinn weichen müssen. Erfreulich am Budget sind auch die geplanten Investitionen. Sie sind mit Blick auf die Konjunkturentwicklung ein positives Zeichen. Unserer Meinung nach darf

aber nicht nur in Beton investiert werden, auch die Investition in Menschen setzt Zeichen. So freuen wir uns über jede Lehrstelle und jeden Praktikumsplatz, die mithelfen, dass gerade auch junge Erwachsene eine berufliche Perspektive sehen. Da dürfte es für uns sogar noch ein wenig mehr sein. Die vorgeschlagenen Anpassungen bei den Löhnen bewegen sich im unteren Minimalbereich. Dazu wird sich unsere Fraktion beim nächsten Traktandum äussern. Es gilt, die eingeführten Massnahmen zur Personalpflege beizubehalten und dafür zu sorgen, dass der Kanton Thurgau ein attraktiver und verlässlicher Arbeitgeber bleibt. Wir möchten da auch ein klares Zeichen gegen den drohenden "Samichlausfinger" der FDP-Fraktion setzen, die neuerdings von der Grünen Fraktion sekundiert wird. Wir freuen uns auf eine spannende Budgetdiskussion.

Regierungsrat **Koch**: Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme des Voranschlages und des Finanzplanes. Ich habe festgestellt, dass die von Kantonsrat Somm überreichte Rose im Verlauf seines Votums immer mehr Dornen erhalten hat. Ich danke auch für die kritischen Voten. Wir lernen aus solchen Diskussionen immer wieder. Es wurde gesagt, dass wir uns in einem sonderlichen Umfeld befunden hätten, als wir das Budget verabschiedet haben. Für den Regierungsrat war es nicht sonderlich, sondern besonders anspruchsvoll. Der Budgetprozess war insbesondere in drei Bereichen anspruchsvoll: 1. Unsicherheit bezüglich Steuergesetzrevision; 2. Wirtschaftslage; 3. Das Jahr 2009 wird gut abschliessen und das Jahr 2008 hat uns nochmals einen gewissen finanziellen Spielraum eröffnet. Es liegt nun an uns, diesen auch zu nutzen. Ich bin deshalb sehr dankbar, dass Sie die Doppelstrategie, die der Regierungsrat vorschlägt, mehrheitlich unterstützen. Damit haben wir den Weg zurück zum Konsens gefunden. Ich bin mir durchaus bewusst, dass dies nach dem harten Abstimmungskampf keine Selbstverständlichkeit ist, und meine auch, dass es ein Markenzeichen der Thurgauer Politik ist. Die Steuergesetzrevision hat der Regierungsrat gestern verabschiedet. Sie werden die Botschaft noch in dieser Woche erhalten und damit bei der Detailberatung des Voranschlages wissen, was die Revision bringen soll. Die Grüne Fraktion möchte die Steuergesetzrevision zurückstellen. Ich bleibe dabei: Steuerfussenkungen sind schlussendlich doch eine Art Rasenmähermethode. Wenn wir den Steuerfuss um 10 % senken, verschenken wir rund 20 % in Bereiche, die eigentlich schon eine ausserordentlich gute Situation im Kanton Thurgau haben. Wir haben keinen Bedarf bei den Vermögenssteuern oder den juristischen Personen, und genau in diese Bereiche fliessen bei einer 10%igen Steuerfussenkung rund 8 Millionen Franken. Diese Mittel fehlen uns natürlich später wieder bei einer strukturellen Steuergesetzrevision. Deshalb bin ich erstaunt über die Heftigkeit, mit der die Grüne Fraktion an einer Steuerfussenkung von 12 % festhalten will. Zum wirtschaftlichen Umfeld: Wir sind ausserordentlich dankbar, dass die Wirtschaft im Kanton Thurgau auf gutem Weg ist. Ich zitiere einige Schlagzeilen der vergangenen Wochen: "Sicherheit ist für SWIFT zentral", "40 bis 60 Arbeitsplätze in Diessenhofen für Fachkräfte", "Fachmarkt in Sirnach: Investitionen rund 90 Millionen", "SIA investiert in

Frauenfeld rund 50 Millionen", "neue Mühle in Weinfelden für 21 Millionen", "30-Millionen-Bekenntnis zum Werkplatz Oberthurgau", "30 Millionen in Erlen". Das sind doch ausserordentlich gute Zeichen für unseren Kanton. Eine weitere Schlagzeile: "Im Thurgau sinken die Steuern". Das wirtschaftliche Umfeld ist schwierig, darüber ist sich der Regierungsrat bewusst, doch gibt es auch sehr viele positive Signale. Es ist gesagt worden, dass die Ausgaben zu stark steigen. Hier muss ich Sie daran erinnern, dass wir vor allem bei den Sachausgaben eine Steigerung von 4,2 % haben, aber rund 2 % mehr im Bereich der Hochbauten anfallen. Wir investieren in dieser wirtschaftlich schwierigen Lage mehr in Renovationen. Das ergibt eine Nettosteigerung beim Sachaufwand von rund 2 %. Sie haben auch die Steigerung beim Personalaufwand kritisiert. Sie wissen, dass rund 3 Millionen Franken in die Pensionskasse fliessen, weil deren Deckungsgrad unter 107,5 % gefallen ist. Deshalb ist der Kanton verpflichtet, den Teuerungsausgleich wieder zu übernehmen. Das ergibt eine Nettosteigerung beim Personalaufwand von rund 1,3 %. Die 31 Stellen sind auf diverse Bereiche zurückzuführen: Wir haben neu eine Fachstelle "Kind, Jugend, Familie", wir haben im Bereich Palliative Care und im Bereich des biometrischen Passes und des biometrischen Ausländerausweises zusätzliche Aufgaben, und wir haben auch im Energiebereich in den letzten Jahren einiges investiert. Daraus ersehen Sie, dass diese Stellen nicht unbedingt nur "hausgemacht", sondern auch "berngemacht" sind. Beim Steuerertrag sind wir vorsichtig und müssen beim Abschluss 2009 berücksichtigen, dass wir bei den juristischen Personen eher weniger, vielleicht sogar bedeutend weniger Steuern einnehmen werden. Andererseits machen die juristischen Personen bei uns nur etwa 8 % bis 10 % des Steuerertrages aus. Erfreulich ist aber, dass der Steuerertrag bei den natürlichen Personen auch im Jahr 2009 nochmals ansteigen wird. Zum Investitionsbudget: Wir haben uns über einen Pool auch Gedanken gemacht, doch ist es unseres Erachtens ehrlicher, Ihnen in einem Plan genau aufzuzeigen, welche Investitionen wir tätigen möchten. Das ermöglicht es Ihnen, uns auch zu sagen, was Sie überhaupt wollen und was nicht. Das Investitionsbudget ist in den nächsten zehn Jahren zu verantworten. Der Schwerpunkt wird bei den Spitälern liegen. Zum Finanzplan: Dem Regierungsrat ist vorgeworfen worden, dass er nicht strategisch denke. In den Regierungsrichtlinien 2008 - 2012 und auch im Richtplan, den Sie heute noch behandeln werden, ist strategisches Denken des Regierungsrates enthalten. Und am 29. November entscheiden Sie über eine Vorlage des Regierungsrates, die ebenfalls strategisches Denken enthält. Wenn kritisiert wird, dass die Bevölkerung des Kantons Thurgau überdurchschnittlich gewachsen sei, dann ist dies auf die gute Wirtschaftslage zurückzuführen, die wir in den vergangenen Jahren im Kanton Thurgau hatten. Wir haben eigene Mittel und eigentlich keine Schulden mehr. Diese Situation haben wir in den vergangenen Jahren miteinander aufgebaut. Nach Meinung des Regierungsrates ist ein Abbau von 200 Millionen Franken im Bereich der Gesamtrechnung und von 100 Millionen Franken im Bereich der Laufenden Rechnung absolut zu verantworten. Die Rechnung 2009 wird sehr gut abschliessen. Wir gehen davon aus, dass der Überschuss über

50 Millionen Franken betragen wird. Damit werden wir Ende Jahr über ein Eigenkapital von rund 300 Millionen Franken verfügen. Wir dürfen aber nicht übermütig werden, sondern müssen tatsächlich auch ein Auge auf das Ausgabenwachstum richten. Ich stelle fest, dass sich im Jahr 2009 die NFA wiederum bewährt hat und wir die Ausgaben im Griff haben. Die Ausgabensteigerung macht uns in den nächsten Jahren jedoch in drei Bereichen Sorgen: 1. bei der Spitalfinanzierung; 2. bei der Pflegefinanzierung; 3. beim Beitragsgesetz für die Schulgemeinden. Da kommen zusätzliche Ausgaben auf den Kanton zu. Freuen wir uns am guten Budget. Vermutlich sind wir einer der wenigen Kantone, die ein positives Budget vorlegen können. Vermutlich sind wir auch einer der wenigen Kantone, die eine Steuerfussenkung ins Auge fassen können. Und vermutlich sind wir der einzige Kanton, der einerseits den Steuerfuss senken und andererseits auf das Jahr 2011 noch eine Steuergesetzrevision vornehmen kann. Wir sind überzeugt, dass wir die kommenden schwierigen Jahre miteinander meistern werden, wenn wir auf den Weg der Doppelstrategie zurückfinden. Abschliessend danke ich insbesondere der GFK mit Kantonsrat Kurt Baumann an der Spitze.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Eintreten ist gemäss § 39 der Kantonsverfassung **obligatorisch**.

Präsidentin: Wie bereits zu Beginn der Eintretensdebatte erwähnt, besteht jetzt die Möglichkeit, generelle Kürzungs- und Erhöhungsanträge zum Voranschlag 2010 zu stellen.

Diskussion - **nicht benützt.**

Die Detailberatung zum Voranschlag 2010 wird an der nächsten Ratssitzung vom 2. Dezember 2009 durchgeführt werden.